Sirobolantsohe Leitung

Studie: Ein politisches System ohne direkte Beteiligung der Wähler an wichtigen Entscheidungen funktioniert kaum mehr Bürger mit Ansprüchen

ge Entscheidungen in ihrer Kommune München – Die Deutschen wollen wichtinicht mehr nur ihren gewählten Vertretern den oder im Süden, im Westen oder im Osdem Land øder in der Großstadt, im Normehr Mitsprache - egal, ob diese nun auf

m Rathaus überlassen. Drei von vier Bür-

Forscher Bürgermeister und Oberbürgeronsspiel-Dorf Oberammergau, haben die zirk Altona bis zum oberbayerischen Passiten leben. In 27 Kommunen, vom Hamburger Be-

meister, alle Stadt- und Gemeinderäte soder Bürgermeister, aber auch der Gemeinwie jeweils drei kommunale Spitzenbeamger in den Rathäusern bisweilen deutlich te befragt - und dazu je 100 Bürger. Und tie, das sich von dem der Entscheidungsträdie äußerten ein Verständnis von Demokraunterschied. So meint die große Mehrheit

Mehr Einfluss im Rathaus

entscheid – über wichtige Fragen in ihrer den sogar gerne direkt – etwa per Bürgermeinderat wichtige Entscheidungen trifft. folge, mitreden zu können, bevor ihr Gegern wünschen sich einer neuen Studie zu-

ten freilich in den Rathäusern nicht alle Gemeinde mitentscheiden wollen. Das hal-

Nur etwa die Hälfte der von Forschern der Intscheidungsträger für eine gute Idee: Und mehr als zwei von drei Befragten wür-

je drei Verwaltungsspitzen Umfrage in 27 Städten, je 100 Bürgern (= 2700), Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte,

te andere Formen der Beteiligung ganz selbstverständlich auf eine Stufe damit", Frage: "Einwohner sollten direkt über wichtige Bürger wünschen sich mehr direkte Demokratie Bürgermeister 52% kommunale Fragen entscheiden können. Dem stimmen zu: Bevölkerung 69% Verwaltung 38% Räte 45% 82% Gemeinderatswahlen 79% Bürgerinitiativen 80% Bürgerentscheide 3% Bürgerforen bevorzugen die Bürger? **Welche Formen der Beteiligung** 74% Kinder-/Jugendparlamente

Bürgermeister wünschen sich Entscheidungsfreiheit sollten nach ihrem Gewissen entscheiden." Die demokratisch gewählten politischen Repräsentanten

den Bürgerwillen vertreten, ohne Elemen-

sentative Demokratie, in der Parlamente Zahlen zeigten deutlich, dass eine repräsagt Studienleiter Robert Vehrkamp. Die Demokratie standen, stellt der Bürger heu-

"Wo früher Wahlen als das Hochamt der

wichtigen Fragen der Kommunalpolitik Bürgern gerne das entscheidende Wort in meister, noch etwas weniger der Stadt-Bertelsmann-Stiftung befragten Bürger-

und Gemeinderäte und nur gut jeder dritte

communale Spitzenbeamte würde den

oniert." Tatsächlich belegt die Studie, die

den-Württembergs und die Bertelsmannlas grün geführte Staatsministerium BaEntscheidungsfindung "nicht mehr funktite direkter Beteiligung der Wähler an der

Bürgermeister 85% Bevölkerung 43% Verwaltung 79% Räte 80%

bundesweiten Wunsch der Bürger nach

die der Süddeutschen Zeitung vorliegt, den Stiftung am Freitag veröffentlichen und

die politischen Entscheidungsträger? Welche Formen der Beteiligung bevorzugen

74% Gemeinderatswahlen 77% Kontakt zu Rat und Verwaltung 9 71% 73% Beiräte für Migranten 73% Bürgerinitiativen Bürgerforen

> geachtet der Richtung, in die die öffentli-che Mehrheitsmeinung gerade weht. Doch vollziehen. Die politischen Eliten würden gen ihrem Gewissen folgen - und zwar underäte und Verwaltungschefs, dass gewählnur 43 Prozent der befragten Bürger wolte Volksvertreter bei ihren Entscheidundie Forscher. mokratie noch etwas zögern", bemängeln "in ihrer Bereitschaft zu mehr direkter Delen dieses Herrschaftsverständnis nach-

allem steigt den Antworten der Befragten den können, für außerordentlich hoch. Vor gerinitiativen. Und sowohl innerhalb wie gerforen oder dem Engagement von Bürund der Arbeit der Gemeinderäte und Beiwählten und deren Wählern. Eine große brückbaren Konflikte" zwischen den Gewurden - oder sogar abstimmen durften. zufolge die Zufriedenheit der Bürger mit Bürger mitreden oder sogar mitentscheiden Nutzen von Verfahren, bei denen die auch außerhalb der Rathäuser hält man räte ebenso wie zu Bürgerentscheiden, Bür-Entscheidungsformen, also zu Wahlen te sich zu allen Formen demokratischer Mehrheit aller befragten Gruppen bekannvor Entscheidungen gefragt und gehört der Arbeit ihrer Politiker, wenn sie selbst Allerdings sehen sie "keine unüber-

enleiter Vehrkamp, und das sei nötiger stärkt also die Parlamente", folgert Studidenn je: In Sachsen rafften sich am vergangenen Sonntag weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten dazu auf, ihren Landtag "Mehr direkte Beteiligung der Bürger